



Institut für
Angewandte
Wirtschaftsforschung e.V.



IMU Institut



Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung

Schwerpunkt: Unternehmensgründungen



Region
Stuttgart



Handwerkskammer
Region Stuttgart



IHK Region Stuttgart



Verband Region
Stuttgart

Jürgen Dispan
Andreas Koch
Raimund Krumm
Bettina Seibold

Strukturbericht Region Stuttgart 2007

Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung

Schwerpunkt: Unternehmensgründungen

Stuttgart / Tübingen 2007

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Herausgeber und die bearbeitenden Institute keine Gewähr.

Herausgeber:

Verband Region Stuttgart, Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711/22759-0 Telefax: 0711/22759-70
E-Mail: info@region-stuttgart.org Internet: www.region-stuttgart.org

Handwerkskammer Region Stuttgart, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711/1657-0 Telefax: 0711/1657-222
E-Mail: info@hwk-stuttgart.de Internet: www.hwk-stuttgart.de

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Jägerstraße 30, 70174 Stuttgart
Postfach 10 24 44, 70020 Stuttgart
Telefon: 0711/2005-221 Telefax: 0711/2005-238
E-Mail: info@stuttgart.ihk.de Internet: www.stuttgart.ihk.de

IG Metall Region Stuttgart, Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen
Telefon (07151) 95 26-0, Telefax (07151) 95 26-22
E-Mail: waiblingen@igmetall.de Internet: www.region-stuttgart.igm.de

Erstellung und Bearbeitung:

Institut für Medienforschung und Urbanistik
Hasenbergstraße 49, 70176 Stuttgart
Telefon: 0711/23705-0 Telefax: 0711/23705-11
E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de Internet: www.imu-institut.de

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.
Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Telefon: 07071/9896-0 Telefax: 07071/9896-99
E-Mail: iaw@iaw.edu Internet: www.iaw.edu

© ISBN 978-3-934859-22-7

2007 Verband Region Stuttgart, Handwerkskammer Region Stuttgart, Industrie- und
Handelskammer Region Stuttgart, IG Metall Region Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie
Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Herausgeber.

Vorwort der Herausgeber

Dieser sechste Strukturbericht wird gemeinsam vom Verband Region Stuttgart, der IHK Region Stuttgart, der Handwerkskammer Region Stuttgart und der IG Metall Region Stuttgart herausgegeben. In dieser nun schon acht Jahre währenden Partnerschaft kommt zum Ausdruck, dass sich die Herausgeber der gemeinsamen Mitverantwortung für die Entwicklung der Region Stuttgart stellen. Der Strukturbericht 2007 wurde wieder vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, und vom Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU), Stuttgart, erstellt.

Der Zeitraum seit dem letzten Strukturbericht 2005 stand Anfang des Jahres 2006 noch im Zeichen eines seit 2002 andauernden wirtschaftlichen Abschwungs. In diesem verlor die Region nahezu 50.000 Arbeitsplätze. Das Jahr 2006 markierte dann die Trendumkehr, zunächst über die Frühindikatoren „Zukunftseinschätzungen der Unternehmen“ und „Auftragseingänge“, später im Jahr dann auf dem Arbeitsmarkt. Das Jahr 2007 brachte dann endgültig den stabilen Konjunkturaufschwung und vor allem in seiner zweiten Hälfte auch einen spürbaren Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt. Ungeachtet dieses Aufschwungs setzt sich der Strukturwandel mit dem Abbau von Produktionsarbeitsplätzen einerseits und dem Aufbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor andererseits fort. In Verbindung damit steigen die Zahl und der Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen, Arbeitsplätzen in Zeitarbeitsfirmen, befristeten Arbeitsplätzen und Minijobs.

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich die Region Stuttgart nach wie vor als eine der wirtschafts- und innovationsstärksten Regionen. Im Landesvergleich steht einer immer noch starken Ausgangsposition der Region der Befund gegenüber, dass vor allem in verschiedenen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes andere Regionen eine dynamischere Entwicklung verzeichnen.

Im Schwerpunktkapitel befasst sich der Strukturbericht 2007 mit dem Thema Existenz- bzw. Unternehmensgründung, den Startbedingungen für Unternehmen, der mehrjährigen Gründungsphase und dem Beitrag, den Unternehmensgründungen für Innovationen, für die technologische Entwicklung sowie für den Arbeitsmarkt leisten. Insgesamt lässt sich feststellen, dass, wenngleich die Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze im Vergleich zu den Veränderungen im Unternehmensbestand überschaubar gering ist, den Unternehmensgründungen eine wichtige Bedeutung zukommt, wenn es um die Ausnutzung von Marktchancen, die Einführung neuer Produkte und die Anwendung neuer Technologien geht. Insgesamt bilden sie ein notwendiges, dynamisches Element der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Aus den Befunden wurden, wie in jedem Strukturbericht, Handlungsempfehlungen abgeleitet. Sie richten sich, auch der Tradition der Strukturberichte folgend, vorrangig an die Akteure und Institutionen in der Region und im Land. Mit den bisherigen Strukturberichten gelang es, die Diskussion um regionale Entwicklungsstrategien und

um die Handlungserfordernisse zu beleben. Diese aktive Auseinandersetzung mit den Untersuchungsergebnissen und Handlungsempfehlungen wünschen die Herausgeber auch dem vorliegenden Strukturbericht 2007.

Die Herausgeber danken allen, die bei der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben. Dies sind: die Mitarbeiter des Forschungsdatenzentrums der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB, in Nürnberg und im IAB-Regional in Stuttgart sowie des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Sie haben den Autoren des Berichts umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt und sie bei der Auswertung unterstützt. Weiter die Kollegen, die als Fachleute in den Kammern und bei der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart ihr Wissen zum Thema Unternehmensgründung zur Verfügung gestellt haben. Für das Schwerpunktkapitel Unternehmensgründung waren zahlreiche Unternehmen bereit, ihre Erfahrungen in einer Befragung mitzuteilen. Und nicht zuletzt gebührt der Dank der Herausgeber erneut den Autoren und der Autorin des Berichts aus den Instituten, dem Institut für Medienforschung und Urbanistik, IMU-Institut, und dem IAW, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V., die es in bewährter Art und Weise verstanden haben, große Datenmengen und komplexe Sachverhalte anschaulich in aussagekräftige Ergebnisse umzusetzen sowie allen ihren Kolleginnen und Kollegen, die tatkräftig und kompetent dafür sorgten, dass auch dieser Strukturbericht wieder pünktlich und gut lesbar erscheinen konnte.

Verband Region
Stuttgart

Industrie- und
Handelskammer
Region Stuttgart

IG Metall
Region Stuttgart

Handwerkskammer
Region Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

VORWORT DER HERAUSGEBER	3
TABELLENVERZEICHNIS	8
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	15
1 ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	17
1.1 Zusammenfassung	17
1.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung der Region Stuttgart	17
1.1.2 Entwicklung im Produzierenden Gewerbe	19
1.1.3 Entwicklung im Dienstleistungssektor	22
1.1.4 Unternehmensgründungen in der Region Stuttgart	25
1.2 Handlungsempfehlungen	29
1.2.1 Empfehlungen zum Schwerpunktkapitel	29
1.2.2 Empfehlungen zur Bestandspflege und zum Fachkräftebedarf	33
2 WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG IN DER REGION STUTTGART	37
2.1 Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im interregionalen Vergleich	37
2.1.1 Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt	37
2.1.2 Die Wettbewerbsfähigkeit	41
2.2 Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung: ein regionaler Überblick	43
2.2.1 Die Wirtschaftsentwicklung in der Region Stuttgart	43
2.2.2 Die Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart	47
2.2.3 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	65
3 WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG IM PRODUZIERENDEN GEWERBE	69
3.1 Entwicklung von Industrie und produzierendem Handwerk	69
3.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes	72
3.1.2 Beschäftigte: Strukturen und Entwicklung	76
3.2 Fahrzeugbau	86
3.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung	87
3.2.2 Beschäftigungsentwicklung	93

3.3	Maschinenbau	99
3.3.1	Wirtschaftliche Entwicklung	99
3.3.2	Beschäftigungsentwicklung	106
3.4	Elektrotechnik, IuK-Technologien	114
3.4.1	Wirtschaftliche Entwicklung	115
3.4.2	Beschäftigungsentwicklung	121
3.5	Baugewerbe	126
3.5.1	Wirtschaftliche Entwicklung	127
3.5.2	Beschäftigungsentwicklung	129
4	WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG IM DIENSTLEISTUNGSSEKTOR.....	133
4.1	Überblick über die Entwicklung im Dienstleistungssektor	133
4.2	Handel	142
4.3	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	150
4.4	Kredit- und Versicherungsgewerbe	154
4.5	Unternehmensbezogene Dienstleistungen	160
4.6	Personenbezogene Dienstleistungen	170
4.7	Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	177
5	UNTERNEHMUNGSGRÜNDUNGEN IN DER REGION STUTTGART.....	183
5.1	Einleitung	183
5.2	Das Gründungsgeschehen in der Region Stuttgart	185
5.2.1	Gründungen und Schließungen	186
5.2.2	Sektorale Aspekte des Gründungsgeschehens	191
5.3	Beschäftigungseffekte von Gründungen	195
5.3.1	Kurzfristige Beschäftigungseffekte	195
5.3.2	Überlebensdauer und langfristige Beschäftigungseffekte von Gründungen	200
5.3.3	Qualitative Aspekte der Beschäftigung	204
5.4	Rahmenbedingungen des Gründungsgeschehens in derRegion Stuttgart ...	209
5.4.1	Gründungsfähigkeiten, -potenziale und -motive	209
5.4.2	Gründungsbezogene Rahmenbedingungen	211
5.4.3	Institutionen und Instrumente der regionalen Gründungsförderung	213
5.5	Unternehmensgründungen aus Hochschulen und Unternehmens- gründungen im Handwerk – Ergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung	217
5.5.1	Allgemeine Strukturmerkmale der befragten Unternehmen	218
5.5.2	Unternehmensentwicklung und Wachstum	219

5.5.3	Finanzierungsaspekte	222
5.5.4	Wachstumshemmnisse	224
5.5.5	Die Gründerinnen und Gründer	225
5.5.6	Marktaktivitäten	227
5.5.7	Innovation und Kooperation	228
5.5.8	Regionale Institutionen und Förderlandschaft	230
5.5.9	Exkurs: Unternehmensübernahmen	232
5.6	Zusammenfassung und Fazit	235
	Anhang	238
5.6.1	Methodische Erläuterungen zum Betriebs-Historik-Panel der Bundesagentur für Arbeit.....	238
5.6.2	Methodische Erläuterungen zur Gewerbeanzeigenstatistik.....	241
5.6.3	Methodische Erläuterungen zur Unternehmensbefragung des IAW.....	242
5.6.4	Leitfaden für die ergänzenden Experteninterviews mit Unternehmensgründern und Verzeichnis der Interviews.....	243
5.6.5	Fragebogen der Unternehmensbefragung.....	244
	LITERATURVERZEICHNIS	249
	VERFASSERINNEN UND VERFASSER	257
	INSTITUTE	257
	HERAUSGEBER.....	259

1 Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

1.1 Zusammenfassung

Der vorliegende Strukturbericht beschreibt die Phase der wirtschaftlichen Entwicklung der Region Stuttgart bis 2006, die dadurch gekennzeichnet war, dass sich der Beschäftigungsabbau der letzten Jahre zwar verlangsamt hat, aber noch keine Trendwende zu mehr Beschäftigung erreicht werden konnte. Während in dieser Zeit vom Dienstleistungssektor nun wieder positive Beschäftigungsimpulse ausgegangen sind, war die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe weiterhin durch Stellenabbau gekennzeichnet. Damit sind von 2004 bis 2006 in der Region per Saldo immer noch mehr Arbeitsplätze verloren gegangen, als neue Stellen hinzugekommen sind. Diese Feststellung gilt allerdings nur bis zum Jahr 2006, bis zu welchem entsprechende Daten der Beschäftigtenstatistik vorliegen. Betrachtet man dagegen die aktuelle Lage in der Region, dann ist für 2007 von einer Trendwende zum Positiven auszugehen. Dies belegt nicht zuletzt der Konjunkturbericht der IHK Region Stuttgart von Oktober 2007, wonach der Anteil der Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollen, deutlicher höher ist als der Anteil der Unternehmen, die planen, Beschäftigung abzubauen.

1.1.1 Wirtschaftliche Entwicklung der Region Stuttgart

Die Region Stuttgart erwirtschaftete zuletzt über 28% der Wertschöpfung von Baden-Württemberg. Sowohl pro Einwohner (31.200 Euro) als auch pro Erwerbstätigem (57.700 Euro) liegt die Region deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Die regionale Wertschöpfung geht inzwischen zu 60% auf das Konto des Dienstleistungssektors. Dagegen dominiert das Produzierende Gewerbe bei der Arbeitsproduktivität. Je nach Messkonzept ergibt sich für das Produzierende Gewerbe im Vergleich zum Dienstleistungssektor ein Produktivitätsvorsprung von 19,4 bzw. 24,9%.

In Bezug auf die standortwettbewerbliche Positionierung der Region Stuttgart im Rahmen des Standortranking bundesdeutscher Großstadregionen gab es für die Region seit dem letzten Strukturbericht keine größeren Rangänderungen, außer dass sie bei der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe ihre bisherige Spitzenposition eingebüßt hat. Die Region Stuttgart ist nach München weiterhin die zweitstärkste Exportregion. So erwirtschafteten die Industrieunternehmen der Region Stuttgart 2006 nicht weniger als 58% ihres Umsatzes im Auslandsgeschäft. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Region auch weiterhin unangefochten die Nummer eins bei der technologischen Wettbewerbsfähigkeit ist. Dies belegen die ersten Ränge

sowohl bei der FuE-Ausgabenintensität als auch bei den auf die Erwerbstätigenzahl bezogenen Patentanmeldungen.

Die Beschäftigungsentwicklung von 2004 bis 2006, d.h. seit der Veröffentlichung des letzten Strukturberichts, ist dadurch gekennzeichnet, dass im Zeitraum 2004/05 nicht nur in der Region Stuttgart, sondern auch auf Bundes- und Landesebene die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückging. Während von 2005 auf 2006 auf der Bundesebene ein leichter Zuwachs (0,7%) und in Baden-Württemberg immerhin noch eine stagnierende Entwicklung (0,0%) zu verzeichnen war, konnte die Region den negativen Beschäftigungstrend, zuletzt -0,4%, (noch) nicht überwinden. Maßgeblichen Anteil daran, dass in der Region der beschäftigungspolitische Umschwung nicht erreicht wurde, hatte der Landkreis Böblingen, wo 2005/06 nicht weniger als 3.700 Arbeitsplätze verloren gingen, im Stadtkreis Stuttgart waren es 1.900. Dagegen wurden im Landkreis Ludwigsburg 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und im Kreis Esslingen immerhin 700.

Während seit dem letzten Strukturbericht im Dienstleistungssektor der Region 9.900 neue Stellen (1,7%) hinzukamen, gingen in der gleichen Zeit im Produzierenden Gewerbe 24.800 Arbeitsplätze verloren (-5,7%), so dass sich bei der Beschäftigung per Saldo die bis 2006 anhaltend ungünstige Gesamtentwicklung ergab. Im Jahr 2006 arbeiteten im Dienstleistungssektor 59,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, das Produzierende Gewerbe kam auf einen Anteil von 40,0% (den Rest steuerte die Land- und Forstwirtschaft bei). Macht man den Tertiarisierungsgrad nicht sektoral, sondern funktional fest, indem man auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit abstellt, dann kommt man inzwischen auf einen Dienstleistungsanteil von sogar 74,1%.

Von den im Jahr 2006 in der Region 1.025.600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 42,4% (434.400) Frauen. Damit ist der Frauenanteil seit dem letzten Strukturbericht zwar weiter gestiegen, er bleibt jedoch immer noch unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass in der Region die Industrie weiterhin eine sehr große Bedeutung hat, Frauen typischerweise aber im Dienstleistungssektor arbeiten.

Der in der Region in den letzten Jahren zu verzeichnende Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung betraf vor allem Personen ohne Berufsabschluss, während sich die Arbeitsmarktlage für Akademiker verbesserte. Insgesamt geht der Trend zu erhöhten qualifikatorischen Anforderungen weiter, wobei die Unternehmen, wie die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2007 zeigen, zunehmend seltener Arbeitskräfte mit entsprechenden Qualifikationen finden. Wenngleich auch von einem allgemeinen Fachkräftemangel (noch) nicht die Rede sein kann, so gibt es nicht nur in der Region Stuttgart deutliche Hinweise auf entsprechende arbeitsmarktliche „Anspannungen“. Derzeit gehören Ingenieure und qualifizierte Fachkräfte aus den Bereichen Metallerzeugung, Maschinenbau und Elektrotechnik zu den gefragtesten Personen in Baden-Württemberg. Nach wie vor haben vor allem kleine Betriebe Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen zu besetzen. Der „zweifache Strukturwandel“, hin zu forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen auf der einen Seite und zu hochwertigen

Dienstleistungen auf der anderen Seite, führt dazu, dass für Personen mit geringer Qualifikation der Zugang zum Arbeitsmarkt zunehmend schwieriger wird.

Die Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung wäre unvollständig, würde man den Arbeitszeitaspekt ausklammern. So arbeiteten in der Region inzwischen 15,3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit. 1999 waren es noch 12,6%. Teilzeit spielt insbesondere im Dienstleistungssektor eine Rolle und betrifft überwiegend Frauen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die zunehmende Bedeutung so genannter Mini-Jobs (bzw. „Geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse“) hinzuweisen, die in der Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nicht miterfasst werden, da nur die betreffenden Arbeitgeber, nicht aber deren Arbeitnehmer Sozialversicherungsbeiträge zu leisten haben. Mini-Jobs gab es in der Region im Jahr 2006 nahezu eine Viertel Million (246.000). Damit kommen in der Region auf 100 (voll) sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse etwa 24 Mini-Jobs. Die entsprechende Mini-Job-Quote hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, wobei der Schwerpunkt dieser geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse eindeutig im Dienstleistungssektor liegt.

In der Region Stuttgart waren 2006 jahresdurchschnittlich 85.600 Personen arbeitslos gemeldet, was einer Arbeitslosenquote von 6,2% entspricht. Ein direkter Vergleich mit der im letzten Strukturbericht ausgewiesenen Arbeitslosenquote ist allerdings nicht sinnvoll, weil es 2005 mit der Einbeziehung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik („Hartz IV-Effekt“) zu einem Strukturbruch kam. Unabhängig davon zeigt sich aber für die Region für die Zeit von 2004 bis 2006 bei den Arbeitslosenzahlen ein im Bundes- und Landesvergleich überproportionaler Zuwachs. Dies dürfte zum einen an der nur unterdurchschnittlichen Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung liegen und zum zweiten an dem Umstand, dass Großstadtreionen typischerweise höhere Sozialhilfeempfängerquoten hatten als etwa der Ländliche Raum, so dass in der Region Stuttgart der Hartz IV-Effekt auf die Arbeitslosenquote überproportional „durchschlug“.

1.1.2 Entwicklung im Produzierenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe als bedeutendster Wirtschaftsbereich des Produzierenden Gewerbes in der Region Stuttgart ist durch eine starke Investitionsgüterindustrie charakterisiert mit einer branchenmäßigen Konzentration auf den Fahrzeugbau, den Maschinenbau und die Elektrotechnik. Nach dem Boomjahr 2001 und den anschließenden Umsatzrückgängen konnte im Jahr 2006 im Verarbeitenden Gewerbe ein neuer Rekordumsatz erzielt werden. Allerdings verlief die Entwicklung in den einzelnen Branchen uneinheitlich. Während in der Automobilindustrie und im Maschinenbau die Umsätze gesteigert werden konnten, verlief die Umsatzentwicklung im Bereich Elektrotechnik/IuK-Technologien negativ. Die Bedeutung der Automobilindustrie in der Region Stuttgart hat erneut zugenommen, die Umsatzanteile des Fahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe liegen inzwischen bei über 52%.

Die Beschäftigungslage im Verarbeitenden Gewerbe verbessert sich erst seit Ende 2006, wie die Konjunkturberichte der Kammern zeigen. Im Berichtszeitraum des

Strukturberichts (Beschäftigtenstatistik zum 30.06.2006) setzte sich dagegen der Trend aus den letzten Strukturberichten fort: Die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe hat sich in den vergangenen Jahren erneut verringert. Die konjunkturelle Erholung reichte nicht aus, um im Jahr 2006 entscheidende Arbeitsmarkimpulse zu setzen. Zum einen gibt es eine zeitliche Verzögerung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Wirkung auf die Beschäftigungslage. Zum anderen deutet einiges darauf hin, dass sich die Beschäftigungsschwelle in der Industrie erhöht hat.

Bei einer differenzierten Betrachtung zeigt sich, dass – mit Ausnahme des Fahrzeugbaus – in allen Branchen Beschäftigung abgebaut wurde. Besonders stark betroffen waren das Papier-, Verlags-, und Druckgewerbe, die Elektrotechnik/luK-Technologien und weitere Branchen insbesondere aus der binnenmarktorientierten Konsumgüterindustrie. Alles in allem führten Schrumpfungsprozesse in diesen Industriezweigen zu einer weiteren Gewichtsverschiebung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Richtung des die Region bereits dominierenden Fahrzeugbaus. Die Verlierer in der Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese sind besonders häufig in den Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes tätig, die einem starken Verlagerungs- und Rationalisierungsdruck ausgesetzt sind.

Aus dem Produzierenden Gewerbe näher betrachtet werden die nach Wirtschaftsleistung und Beschäftigung dominierenden Branchen Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik/luK-Technologien sowie das Baugewerbe.

Fahrzeugbau

Die Entwicklung des Automobil-Clusters der Region Stuttgart und damit auch des Wirtschaftszweigs Fahrzeugbau ist eine Erfolgsgeschichte. Jedoch gab es Anfang der 1990er Jahre einen starken Einschnitt bei der Marktentwicklung mit Umsatz- und Produktionseinbußen sowie einem immensen Arbeitsplatzabbau. In den folgenden Jahren gelang es den Automobilherstellern und ihren Zulieferern, durch Restrukturierungs-, Modernisierungs- und Innovationsprozesse zu einer sehr guten Wettbewerbsposition auf den internationalen Märkten zu kommen und somit Umsatzzuwächse zu generieren, die in erster Linie von der starken Exportentwicklung getragen waren.

Nach wie vor herrscht auf den internationalen Automobilmärkten ein sehr scharfer Wettbewerb. Trotz gewaltigen Drucks in der Automobilindustrie und einem harten Preiswettbewerb gelang es den Unternehmen des Fahrzeugbaus in der Region Stuttgart, ihre Umsätze nochmals deutlich zu steigern. Inzwischen entfallen knapp 14% des Branchenumsatzes in Deutschland auf die Region Stuttgart. Beeindruckend ist das Umsatzwachstum von 13% im Jahr 2006, nachdem sich die Umsätze in den Vorjahren eher moderater als im restlichen Baden-Württemberg entwickelten. Als Stütze erwies sich das Auslandsgeschäft, auf dessen Konto in der Region gut 70% des Umsatzes gehen.

Im Fahrzeugbau, der mit 108.000 Arbeitsplätzen nach wie vor beschäftigungsstärksten Industriebranche in der Region Stuttgart, gab es seit Mitte der 1990er Jahre bis 2004 einen kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau. Im Jahr 2005 kam es dann zu einem Umbruch, mehr als 3.000 Arbeitsplätze im Fahrzeugbau wurden abgebaut. 2006 gab es einen weiteren Abbau um deutlich mehr als 4.000 Stellen, der jedoch in der Beschäftigungsstatistik aufgrund eines Zuordnungseffektes nicht zum Ausdruck kommt. De facto wurden im Fahrzeugbau also auch noch im Jahre 2006 Arbeitsplätze abgebaut. Dieser Beschäftigungsabbau betraf in erster Linie die Kfz-Hersteller, wohingegen sich die Beschäftigungssituation bei den Kfz-Zulieferern stabilisierte.

Maschinenbau

Die wirtschaftliche Entwicklung im Maschinenbau gestaltet sich seit einigen Jahren sehr positiv. Jedoch verlief in der Region Stuttgart das Umsatzwachstum wie bereits in den Jahren zuvor moderater als in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt. Der Grund für diese schwächere Entwicklung des Maschinenbaus der Region Stuttgart bis 2006 liegt in einer deutlich geringeren Inlandsdynamik als in den Vergleichsräumen. Eine Ursache für diese schwächere Dynamik ist in der starken Automobilorientierung des regionalen Maschinenbaus zu finden – bei Investitionen der Automobilindustrie gab es starke Einbrüche.

Im Maschinenbau der Region Stuttgart waren im Jahr 2006 noch knapp 66.800 Personen beschäftigt. Die regionale Beschäftigungsentwicklung verlief dabei merklich schlechter als im Bundes- und Landesdurchschnitt. So gab es seit 1999 einen Abbau von fast 7.800 Beschäftigten, damit wurde in der Region mehr als jeder zehnte Arbeitsplatz im Maschinenbau gestrichen. Mit besonderer Schärfe trifft diese Entwicklung die Stadt Stuttgart, in der seit 1999 jede dritte Stelle im Maschinenbau abgebaut wurde. Ein starker Wandel zeigt sich bei den Tätigkeiten im Maschinenbau: Mittlerweile üben weniger als 45% der Maschinenbau-Beschäftigten in der Region Produktionstätigkeiten aus. In der Region Stuttgart sind Dienstleistungsfunktionen wie Verwaltung, Service, Entwicklung und Konstruktion mit einem Beschäftigtenanteil von 55% im Vergleich zu anderen Regionen und dem Durchschnitt in Deutschland (45%) sehr stark besetzt.

Elektrotechnik, IuK-Technologien

In der Region Stuttgart ging seit dem Boomjahr 2000 der Umsatz im Bereich „Elektrotechnik, IuK-Technologien“ überaus stark zurück. Der Rückgang betraf dabei sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft. Zwar ist die Region Stuttgart nach wie vor die führende „Elektrotechnik-Region“ in Baden-Württemberg, jedoch schmilzt der Vorsprung gemessen am Umsatzanteil von Jahr zu Jahr: 2006 setzten die Elektrotechnik-Unternehmen der Region weniger als 23% des Branchenumsatzes im Land um, 1996 lag der entsprechende Anteil noch bei annähernd 35%.

In der Elektrotechnik der Region Stuttgart waren 2006 nach schmerzhaften Einbrüchen in den Vorjahren nur noch 59.300 Beschäftigte tätig. Die Elektrotechnik ist

eine der traditionellen Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart; gemeinsam mit dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau bildete sie jahrzehntelang ein regionales Industrie-Triumvirat. Das Gewicht der Elektrotechnik sinkt jedoch aufgrund ihrer Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung seit Jahren.

1

Baugewerbe

Die Bauwirtschaft befindet sich 2007 im zweiten Jahr in Folge im Aufschwung. Damit hat sich in diesem Wirtschaftsbereich im Vergleich zum Berichtszeitraum des letzten Strukturberichts eine Trendwende vollzogen: Die Talsohle des gut zehnjährigen Abwärtstrends wurde in der Jahresmitte 2005 erreicht, womit die Schrumpfungsphase der deutschen Bauwirtschaft überwunden wurde. Auch in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart belebte sich die Bauwirtschaft wieder deutlich. Die branchentypischen Frühindikatoren Baugenehmigungen und Auftragseingänge waren bereits 2005 aufwärts gerichtet. Tatsächlich konnte die Bauwirtschaft Baden-Württembergs im Jahr 2006 erstmals seit über einer Dekade wieder ihre Produktion ausweiten.

Im Baugewerbe der Region Stuttgart waren im Jahr 2006 noch knapp 47.700 Beschäftigte gemeldet. Das sind rund 14.600 oder 23,5% weniger als noch im Jahr 1999. Von dem entsprechenden regionalen Beschäftigungsabbau waren vor allem der Hoch- und der Tiefbau betroffen. Die Erholung der Bauwirtschaft spiegelt sich in den für den Strukturbericht 2007 ausgewerteten Daten der Beschäftigungsstatistik noch nicht wider. Jüngste Daten und Meldungen zeigen jedoch, dass die verbesserte Auftragslage der Bauwirtschaft nun, Ende 2007, auch zu mehr Beschäftigung führt.

1.1.3 Entwicklung im Dienstleistungssektor

Nach einer vorübergehenden Abwärts- und Stagnationsphase ist der Dienstleistungssektor der Region Stuttgart seit dem letzten Strukturbericht wieder zum beschäftigungspolitischen Aktivposten geworden. Der vormalige Höchststand von 598.700 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Jahr 2003 wurde 2006 um 10.000 Stellen überschritten, so dass im Dienstleistungssektor der Region nun 608.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten. Vor dem Hintergrund der guten konjunkturellen Entwicklung ist für das Jahr 2007 mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau zu rechnen.

Zuletzt, das heißt beim Übergang von 2005 auf 2006, belief sich das regionale Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor auf 1,6%. Träger dieser positiven Entwicklung waren wieder einmal insbesondere die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die um 5,7% bzw. 7.800 Stellen zulegten. Auf der anderen Seite ergab sich für das Kredit- und Versicherungsgewerbe ein Abbau von fast 1.900 Arbeitsplätzen, was einem Rückgang von 3,5% entspricht.

Handel

Im längerfristigen Vergleich mit 1999 zeigt sich für den Handelssektor der Region zwar ein Abbau von nicht weniger als 5.000 Stellen, am Ende des Betrachtungszeitraums (2005/06) ergab sich jedoch eine zumindest vorübergehende Trendwende mit einem Beschäftigungszuwachs von fast einem Prozent bzw. 1.100 Stellen. Dies betraf allerdings nur den Einzelhandel, während der Großhandel seine negative Entwicklung fortsetzte.

Von den 133.100 in der Region im Handelssektor sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten allein 36,7% in Teilzeit, was gegenüber 1999 einem Zuwachs von etwa 5 Prozentpunkten entspricht. Auch eine zweite atypische Beschäftigungsform ist im Handelssektor von großer Bedeutung, nämlich die der nur beschränkt sozialversicherungspflichtigen Mini-Jobs (bzw. Geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse). Dies gilt vor allem für den Teilssektor Einzelhandel, wo auf 100 voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse immerhin 46 Mini-Jobs kommen.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung hatte in der Region im Jahr 2006 nach zeitweiligen zyklischen Schwankungen 5,6% bzw. 2.600 mehr Arbeitsplätze als 1999. Dabei entfielen nahezu 64% dieses Zuwachses auf die Logistikbranche, die nicht nur von der Anreicherung der Logistiktätigkeiten profitiert, sondern auch vom Outsourcing anderer Wirtschaftszweige. Während der Teilssektor Nachrichtenübermittlung in den letzten Jahren insgesamt eher für Stagnation sorgte, ergaben sich zuletzt (2005/06) gewisse Beschäftigungszuwächse. Die Sparte Nachrichtenübermittlung stellt ein Fünftel (20,7%) der Beschäftigten des betreffenden Dienstleistungssektors, der 2006 auf 48.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kommt.

Die zunehmende Arbeitsteilung, vor allem auf den internationalen Märkten, besichert dem Transportgewerbe deutliche Auftragszuwächse. Zudem profitiert die Branche im aktuellen Jahr 2007 von der guten Konjunktorentwicklung und dem damit verbundenen hohen Transportbedarf. Zumindest im bundesweiten Durchschnitt wird auf absehbare Zeit mit einem Stellenzuwachs gerechnet.

Kredit- und Versicherungsgewerbe

Ausgehend vom Referenzjahr 1999 hat sich die Beschäftigung im Finanzdienstleistungssektor der Region bis 2002 zunächst erhöht, seitdem ist sie rückläufig. Dies entspricht der Zyklusstruktur der bundes- und landesweiten Entwicklung, wobei die regionale Entwicklung allerdings auf einem günstigeren Pfad verlief. Insgesamt ergab sich in der Region Stuttgart bis zum Jahr 2006 ein Beschäftigungsrückgang von 3,0%, wobei 87% des entsprechenden Stellenabbaus auf das Konto des Bankgewerbes ging. Seit dem letzten Strukturbericht wurde nun aber auch das Versicherungsgewerbe verstärkt von einem Abwärtstrend erfasst. In der Finanzdienstleistungsbranche der Region waren 2006 insgesamt 51.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig.

Für das Bankgewerbe wird im bundesweiten Maßstab die zukünftige Beschäftigungsentwicklung eher negativ gesehen. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der an den internationalen Finanzmärkten durch die US-Immobilienkrise ausgelösten Turbulenzen. Die bundesdeutsche Versicherungswirtschaft blickt insgesamt etwas optimistischer in die Zukunft. Wachstumspotenziale bietet hier nicht nur der Bereich der privaten Zusatzversicherungen, sondern auch der Business-to-Business-Sektor, der momentan von der guten Industriekonjunktur und dem anhaltenden Boom bei den exportorientierten Unternehmen profitiert.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen fungieren in der Region wieder als Jobmotor. Nach einem temporären Beschäftigungsrückgang 2003/04 hat sich die Lage seither überaus positiv entwickelt. Im Jahr 2006 konnte der vormalige Höchststand des Jahres 2003 deutlich überschritten werden, so dass bei den Unternehmensdienstleistern der Region nun 144.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig sind. Seit 1999 hat bei den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen die Beschäftigtenzahl – nicht zuletzt wegen der Outsourcingmaßnahmen anderer Wirtschaftszweige – um 32.500 bzw. 28,9% zugelegt. Damit fällt das Beschäftigungswachstum dieser überaus dynamischen Branche gut 20 Prozentpunkte höher aus als im Dienstleistungssektor insgesamt.

Wachstumstreiber waren 2005/06 wieder einmal die Beratungsdienstleister, welche Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie Marktforschung anbieten. Einen noch größeren Beschäftigungszuwachs verzeichnete der Bereich „Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung“, also insbesondere Zeitarbeitsfirmen, die Beschäftigte an andere Firmen „verleihen“. Die Zeitarbeitsunternehmen stellen inzwischen 1,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region, wobei nicht bekannt ist, in welchem Umfang die entsprechenden Leiharbeiter regionsintern zum Einsatz kommen.

Wenngleich dem Bereich Unternehmensbezogene Dienstleistungen vom Marktpotenzial vergleichsweise gute Wachstumsperspektiven bescheinigt werden, deuten sich in einzelnen Teilbranchen angebotsseitige Anspannungen an. So zeigt sich im Bereich EDV-Dienste (Hardware, Software und Datenbanken) ein zunehmender Fachkräftemangel, der sich für die Branche wachstumshemmend auswirken könnte.

Personenbezogene Dienstleistungen

Der Bereich Personenbezogene Dienstleistungen hat die 2003/04 festzustellende Schwächephase nun endgültig überwunden und leistet in der Region damit wieder einen positiven Beschäftigungsbeitrag. Zuletzt, d.h. von 2005 auf 2006, wurden 1.800 neue Stellen geschaffen, was einem Zuwachs von einem Prozent entspricht. Damit kam die Branche im Jahr 2006 auf 175.600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Bei den Personenbezogenen Dienstleistern spielt die Teilzeitbeschäftigung eine große Rolle. So waren im Sektor „Erziehung und Unterricht“ 38,8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Teilzeitkräfte angestellt, im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen 30,1%. Von wachsender Bedeutung sind auch die einer nur beschränkten Sozialversicherungspflicht unterliegenden Mini-Jobs. So gab es im Jahr 2006 in der Region im Gesundheits- und Sozialwesen bereits 20.000 dieser geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Das sind bezogen auf 100 voll sozialversicherungspflichtige Stellen immerhin 23 Mini-Jobs. Im Gastronomiebereich liegt die entsprechende Mini-Job-Relation sogar bei 89.

Gewisse Beschäftigungsimpulse dürften sich in den nächsten Jahren dadurch ergeben, dass in Deutschland und damit auch in der Region Stuttgart die Kinderbetreuung ausgebaut werden soll. Das erweiterte Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten dürfte zudem positive Ausstrahleffekte auf andere Branchen haben, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung

Im Bereich Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung hat die Beschäftigung seit 1999 um 4.000 Stellen bzw. 7,7% zugenommen. Dabei legte der Teilsektor Sozialversicherung und Arbeitsförderung mit 17,4% deutlich überdurchschnittlich zu, während der Bereich „Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Öffentliche Ordnung“ um ein Fünftel (19,9%) abnahm. Im Jahr 2006 waren in der Region im Dienstleistungssektor Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung insgesamt 55.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig.

In diesem Zusammenhang ist allerdings zu beachten, dass sich in dieser Dienstleistungssparte eine umfassende Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung auf der Basis der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insofern schwierig gestaltet, als es zu Umschichtungen zwischen dem Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und dem Kreis der beamteten Arbeitskräfte kommen kann. Unabhängig davon ergibt sich für die Region Stuttgart im Vergleich zur Bundesebene das Spezifikum, dass die bereits angelaufene baden-württembergische Verwaltungsreform gewisse Sondereffekte auf die regionale Beschäftigung gezeitigt haben dürfte.

1.1.4 Unternehmensgründungen in der Region Stuttgart

Neue Unternehmen sind ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie haben im Rahmen des sich vollziehenden Strukturwandels eine wichtige Funktion bei der Durchsetzung von Innovationen, was sich etwa bei der Entwicklung der Solarbranche gezeigt hat. Unternehmensgründungen können die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die wirtschaftliche Erneuerung von Regionen und Branchen stimulieren und wirken nicht zuletzt auch auf die Entwicklung von Beschäftigung und Wertschöpfung. Vor diesem Hintergrund wendet sich das Schwerpunktkapitel des vorliegenden Strukturberichts der Frage zu, welche Rolle Unternehmensgründungen speziell in der Region Stuttgart spielen. Untersucht wird

dabei nicht nur, wie viele neue Firmen in der Region entstehen, wie sich diese auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen und welche Beschäftigungseffekte mit den Neugründungen verbunden sind, sondern auch, wie sich neue Unternehmen in den Jahren nach der Gründung entwickeln und welche besonderen Potenziale und Hemmnisse sie in der Region vorfinden. Aus den entsprechenden Erkenntnissen lassen sich damit regionalpolitische Empfehlungen ableiten. Die Ergebnisse des Schwerpunktkapitels basieren zum einen auf repräsentativen statistischen Daten aus dem Betriebs-Historik-Panel der Bundesagentur für Arbeit, die auch Rückschlüsse auf Betriebsgründungen zulassen, und zum anderen auf Daten einer eigens für den Strukturbericht in der Region Stuttgart bei neu gegründeten Unternehmen durchgeführten Befragung.

Umfang des Gründungsgeschehens

Auswertungen des Betriebs-Historik-Panels zeigen, dass das Gründungsgeschehen in der Region Stuttgart sowohl im Landes- als auch im Bundesvergleich eine unterdurchschnittliche Dynamik aufweist. Bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten werden hier weniger neue Betriebe gegründet, gleichzeitig aber auch weniger geschlossen. Die Überlebensrate neu gegründeter Betriebe liegt hingegen in der Region Stuttgart recht deutlich über dem Bundesdurchschnitt, aber etwas unter dem Landesdurchschnitt. Diese Zahlen können als Hinweise auf die Stabilität und Kontinuität der wirtschaftlichen Strukturen in der Region gedeutet werden. Die eher unterdurchschnittliche Gründungsintensität dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Arbeitslosenquote in der Region traditionell recht niedrig ist, was nicht zuletzt ein Indikator für die Vielzahl von beruflichen Alternativen zur Selbständigkeit ist.

Sektorale Struktur des Gründungsgeschehens

Hinsichtlich der sektoralen Struktur von Gründungs- und Schließungsbetrieben zeigt sich, dass die Region Stuttgart im Landesvergleich zwar unterdurchschnittliche, im Bundesvergleich aber überdurchschnittliche Anteile des Verarbeitenden Gewerbes zu verzeichnen hat. Hierin spiegelt sich die immer noch deutlich industrielle Prägung der Region wider. Aber auch der Dienstleistungssektor ist im Gründungsgeschehen stark vertreten, was im Übrigen ein typisches Merkmal metropolitan geprägter Räume ist. Eine nähere Betrachtung des Dienstleistungsbereichs zeigt, dass vor allem bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen überdurchschnittlich viele neue Betriebe in der Region gegründet, aber auch überdurchschnittlich viele geschlossen werden.

Beschäftigungseffekte neu gegründeter Betriebe

Die Betrachtung der Beschäftigungseffekte neu gegründeter Betriebe verdeutlicht, dass in der Region Stuttgart neue Betriebe nur unterdurchschnittliche Beiträge zur Beschäftigungsentwicklung leisten. So waren in der Region Stuttgart im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 2003 etwa 1,4% der Beschäftigten in neugegründeten Betrieben tätig, während dieser Anteil in Deutschland bei 1,9% lag. Gleichzeitig gingen auf-

grund von Betriebsschließungen aber auch weniger Arbeitsplätze verloren – ebenfalls im Zeitraum 1994 bis 2003 lag der Beschäftigtenanteil der schließenden Betriebe in der Region Stuttgart bei 2,4%, in Deutschland hingegen bei 3,1%. Eine Betrachtung der Netto-Beschäftigungseffekte zeigt (bezogen auf die Gesamtbeschäftigung) allerdings keine größeren Unterschiede zwischen der Region Stuttgart einerseits und Baden-Württemberg sowie Deutschland andererseits.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen neu gegründeter Betriebe in den ersten fünf Jahren nach ihrer Gründung ist in der Region Stuttgart im Landes- und Bundesvergleich zunächst unterdurchschnittlich. So erreichten die überlebenden neugegründeten Betriebe in der Region zwei Jahre nach ihrer Gründung im Durchschnitt Beschäftigtenzahlen von 15,5% über dem Ausgangsniveau; in Baden-Württemberg lag der entsprechende Wert bei 20,5% und in Deutschland bei 17,5%. Ab dem dritten Jahr liegen die regionalen Beschäftigtenzahlen der überlebenden Betriebe dann aber recht deutlich über dem Bundesdurchschnitt und nur knapp unter dem Landesdurchschnitt. Fünf Jahre nach der Gründung haben die überlebenden Betriebe in der Region Stuttgart durchschnittlich 20,2% mehr Beschäftigte als im Gründungsjahr; für alle Betriebe in Deutschland beträgt dieser Wert hingegen nur 10,7% (Baden-Württemberg 21,9%). Insgesamt verzeichnet auch in der Region Stuttgart der Dienstleistungssektor durch den Gründungssaldo Beschäftigungszuwächse, während im Verarbeitenden Gewerbe der Beschäftigungsrückgang durch Betriebsschließungen überwiegt.

Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen

Bezüglich der Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen wird die Region Stuttgart in vielen Untersuchungen als sehr gut eingestuft (z.B. im Regionalen Entrepreneurship Monitor). Dies bestätigte sich auch in den Gesprächen mit Unternehmensgründerinnen und -gründern sowie mit verschiedenen Expertinnen und Experten, die im Rahmen dieses Strukturberichts geführt wurden. Vor allem die allgemeine wirtschaftliche Lage, aber auch die institutionelle Landschaft wird hier als positiv hervorgehoben. Allenfalls wird mitunter kritisiert, dass der Überblick über die vorhandenen Institutionen und Maßnahmen teilweise schwer falle (Stichwort Förderdschungel). Es wurde in den letzten Jahren aber auch eine deutliche Verbesserung der Übersichtlichkeit festgestellt.

Wachstumsplanung sowie Hemmnisse bei der Entwicklung neuer Unternehmen

Eine eigens für diesen Strukturbericht durchgeführte Unternehmensbefragung ergab, dass 73% der befragten Unternehmen für die nächsten Jahre ein Wachstum ihres Unternehmens anstreben (sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungswachstum). Von den Unternehmen, die kein Wachstum planen (27%), gaben 6 von 10 an, dass sie klein und flexibel bleiben wollen, während für 4 von 10 ein Wachstum aufgrund fehlender Ressourcen nicht in Frage kommt. Die größten Hemmnisse für die Entwicklung eines neuen Unternehmens werden von den Gründerinnen und Gründern weniger innerhalb ihres Unternehmens, als vielmehr in vom Einzelnen wenig zu beeinflussenden exter-

nen Faktoren gesehen. Bürokratische Regelungen werden von den Jungunternehmern als besonders problematisch eingeschätzt. Daneben werden auch die Verfügbarkeit qualifizierten Personals sowie die hohe Wettbewerbsintensität kritisch beurteilt. Sehr positiv beurteilten die befragten Unternehmerinnen und Unternehmer hingegen die Verfügbarkeit von Beratungsleistungen und Gewerbeflächen sowie die in ihren Unternehmen vorhandenen Kompetenzen.

Sonderaspekt „Unternehmensübernahmen“

Neben echten Unternehmensgründungen spielen auch Unternehmensübernahmen in vielen Bereichen eine bedeutende Rolle. So hat die Befragung von mehr als 40 Übernahmen im Handwerk ergeben, dass im Rahmen dieser Übernahmen von den Nachfolgerinnen und Nachfolgern häufig neue Unternehmenskonzepte und neue Produkte eingeführt werden und dass nur in wenigen Fällen alles Vorhandene „übernommen“ wird. Die in die Befragung einbezogenen Übernahmen haben sich nahezu ebenso dynamisch entwickelt wie originäre Neugründungen und auch sie setzen innovative Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Abschließende Beurteilung

Im Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und weiter zur wissensbasierten Wirtschaft sind Unternehmensgründungen ein wichtiger Transmissionsriemen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Schwerpunktkapitels, dass die Gründung neuer Unternehmen ein bedeutender Faktor des regionalen Strukturwandels ist. Dies bestätigen nicht nur die Ergebnisse der Auswertung repräsentativer amtlicher Daten zum Gründungsgeschehen, sondern gleichermaßen auch die im Rahmen des Strukturberichts eigens durchgeführte Unternehmensbefragung. Berücksichtigt man, dass fast die Hälfte aller Neugründungen fünf Jahre nach ihrer Gründung wieder vom Markt verschwunden ist und nur wenige Gründungen ein hohes Beschäftigungswachstum zu verzeichnen haben, so ist es nicht verwunderlich, dass sich die Beiträge der Unternehmensgründungen zur Beschäftigungsentwicklung in engen Grenzen halten. Andererseits darf nicht vergessen werden, dass sich die sektorale Struktur von Gründungen teils deutlich von derjenigen des gesamten Unternehmensbestands unterscheidet und damit der wirtschaftliche Wandel vorangetrieben wird und dass nicht zuletzt neue Unternehmen wichtige innovative Entwicklungen tragen.

1.2 Handlungsempfehlungen

1.2.1 Empfehlungen zum Schwerpunktkapitel

Unternehmerischer Einfallsreichtum, Risikobereitschaft und Initiative sind für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gedeihen von großem Wert. Unabhängig davon, dass über Unternehmensgründungen – wenn auch in begrenztem Umfang – neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sind Unternehmensgründungen oft auch mit der Chance verbunden, neue Ideen und Innovationen einzuführen. Unternehmensgründungen wirken sich positiv auf die Beschäftigung, auf die Innovationskraft und die Wettbewerbsstärke einer Wirtschaftsregion aus. Eine rasche und erfolgreiche Einbindung junger Unternehmen in das regionale Wirtschaftsgeschehen und deren Vernetzung mit den jeweils relevanten Wirtschaftsakteuren trägt zur rascheren Stabilisierung und zur Beschleunigung der Wachstumsverläufe von Neugründungen bei. Funktionierende Netzwerke, die helfen, diesen Einbindungsprozess zu verkürzen und zu verbessern, sind ein Standortvorteil für die Region. Die regionale Wirtschaftspolitik ist daher gut beraten, Unternehmensgründerinnen und -gründer auch weiterhin zu fördern.

Um Innovationen und fortschreitende Spezialisierung der Wirtschaft effektiv werden zu lassen, ist deren Integration in bestehende Strukturen und Abläufe hilfreich. Abgestimmte Arbeitsteiligkeit stellt eine Quelle von neuen Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung dar und stabilisiert gleichzeitig das gesamte Wirtschaftssystem. Die Phasen der Entwicklung eines Betriebs sollen rasch von der Vorbereitung zum Start, dann zu Wachstum und Reife führen. Jede Phase im Lebenszyklus eines Unternehmens bietet neue Chancen, bringt aber auch spezifische Herausforderung mit sich. Dies gilt für die Gründungsphase, die Unternehmenssicherung und Unternehmensnachfolge.

Durch folgende Maßnahmen können Verbesserungen erzielt werden:

1. Vorbereitung und Start

- a) Durch die Ausweitung wirtschaftsorientierter Projekte und Lehrplaninhalte an Schulen kann die Kultur der Selbständigkeit gefördert werden. Die Maßnahmen BOGY, BORS, SchuB und andere Formen von Praktika in Unternehmen haben sich bewährt. Wettbewerbe und Planspiele können Inhalte und Methoden von Unternehmensgründung und Unternehmensführung transportieren. Sie sollten Schülerinnen und Schülern direkt und ebenso Schulen und Lehrenden verstärkt angeboten werden.
- b) Die an den Hochschulen in der Region unter dem Dach von PUSH! (Partnernetz für Unternehmensgründungen aus Stuttgarter Hochschulen) etablierten so genannten Campus-Agenturen (TTI GmbH, IBH GmbH und CONTACT-AS e.V.), die Hochschulangehörige bei der Gründung unterstützen und begleiten, sollten weiter ausgebaut werden. Gründungsbezogene Qualifizierungsmaßnahmen und Wettbewerbe wie z.B. der Planspielwettbewerb PriME-Cup, der Businessplan-

Wettbewerb NewBizCup oder der Geschäftsideenwettbewerb „Test your Ideas“ haben sich zur Förderung der Gründerkultur an den Hochschulen und zur Vermittlung von unternehmerischem Denken und Handeln bewährt. Diese Angebote sollten weiter unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit den Kompetenz- und Innovationszentren, deren Netzwerke gerade neu gegründeten Unternehmen Unterstützung bieten, etwa in Form von Kundenakquisition, Beschaffung oder Austausch von unternehmerischem Know-how, sollte intensiviert werden.

- c) Die Förderlandschaft für Unternehmensgründungen ist in der Region Stuttgart sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich sehr gut ausgebaut. Sie kann auch differenzierte Bedarfe unterstützen und begleiten. Hier ist kein Mehr erforderlich, sondern Transparenz, die sowohl von den Netzwerken als auch von den Förderinstitutionen durch Qualitätssicherung und Beschränkung auf die jeweilige Kernkompetenz geleistet werden sollte.

Qualitätssicherung

Mit Blick auf mögliche weitreichende Folgen einer unzureichenden Beratung sollten Beratungseinrichtungen Qualitätsstandards entwickeln und einhalten. Die Herleitung dieser Qualitätsstandards kann aus anerkannten Ansätzen des Qualitätsmanagements erfolgen. Vorhandene Ansätze, insbesondere die Verständigung über Beraterqualifikation, einrichtungsübergreifende Mindeststandards sowie eines abgestimmten Unterstützungskonzepts sind durch regionale Kooperation und Vernetzung der beratenden Institutionen zum Thema „Qualität der Gründungsberatung“ zu unterstützen.

Transparenz und Leistungen aus einer Hand

Das Starter Center der HWK bietet zunächst den kompletten Service für alle Gewerke gemäß Handwerksordnung. Als besonders hilfreich bezeichnen Gründer und Gründerinnen die Unterstützung, die sie bei der Auswahl und dem Ausfüllen der in jedem Einzelfall erforderlichen Formulare erhalten können.

Das Starter Center der IHK und der Stadt Stuttgart bietet vollständige Informationen für die Branchen der Industrie, des Handels, der Dienstleistungsunternehmen sowie für die freien Berufe. In diesen Sektoren der Wirtschaft umfassen die verbindlichen formalen Anforderungen deutlich weniger Teilschritte als etwa im Handwerk. Oft ist nur ein einziger formaler Schritt erforderlich – die Gewerbeanzeige für Gewerbetreibende oder die Anmeldung beim Finanzamt für freiberuflich Selbstständige. Eine Software, die das erstgenannte unterstützt, wird derzeit vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag mit kommunalen Organisationen entwickelt.

Innovative Produkte und Verfahren, die im Zuge von Unternehmensgründungen eingeführt werden, bedeuten für Unternehmen eine laufend zunehmende Differen-

zierung und Spezialisierung der Geschäftszwecke. Dies wirkt sich nicht auf die formalen Bedingungen für neue Unternehmen aus, sondern auf deren Marktsituation und auf das, was betriebswirtschaftlich und finanziell optimal ist. Nun gibt es regelmäßig für neue Geschäftsmodelle keine fertigen Geschäftsprozesse, die das Unternehmen musterartig übernehmen könnte. Also besteht das Serviceangebot beider Starter Center in „Hilfe zur Selbsthilfe“: in einer wählbaren Verfahrensweise, die es dem Unternehmer ermöglicht, das eigene Konzept selbst zu entwickeln. Wenn dies geschieht, ist die Nachhaltigkeit der Vorhaben besser abgesichert. Im Bereich des Handwerks gibt es mehrere Fachorganisationen, die gegen Kostenerstattung oder Mitgliedschaft gerade Junioren betreuen.

Transparenz wird auf diese Weise nicht generell sondern individuell erzeugt; indem nämlich genau für die Anforderungen des jeweiligen Vorhabens individuell passende Lösungen zusammengestellt werden.

2. Wachstum

- a) Die von der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart angeregten regionalen Kompetenz- und Innovationszentren als branchenorientierte Innovationsnetzwerke, die Kooperation zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen fördern, sollten weiter ausgebaut und unterstützt werden. Das würde eine Verbesserung von branchen- und technologiebezogenen Unterstützungsmaßnahmen für besonders forschungsintensive Neugründungen und für junge Unternehmen in der Wachstumsphase und deren Einbindung in entsprechende Branchennetzwerke bedeuten. Viele PUSH!-Gründungen haben Interesse an der Einbindung in branchenbezogene Netzwerke.
- b) Die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Unterstützung von innovativen, wissensbasierten Unternehmensgründungen sollte verstärkt werden, insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der Verwertung von Forschungsergebnissen und des Innovationsprozesses („Open Innovation“) sowie des Marktzugangs und des Wachstumsverlaufs. Die verstärkte Kooperation sollte sowohl Ausgründungen aus der Wissenschaft als auch Ausgründungen aus Unternehmen einbeziehen.
- c) Um die Entstehung von Neugründungen in besonders forschungsintensiven und besonders wachstumsträchtigen Bereichen zu verbessern und um das Wachstum besonders innovativer technologieorientierter junger Unternehmen zu beschleunigen, sollte die Verfügbarkeit von privatem Risikokapital verbessert werden. Die verstärkte Gewinnung von Business Angels, die die jungen Unternehmen in der Frühphase sowohl mit privatem Risikokapital als auch mit unternehmerischem Know-how unterstützen, kann die Finanzierungs- und Fördersituation in diesem Bereich erheblich verbessern.
- d) Der Geld- und Kapitalmarkt in der Region verfügt auf der Seite der Anbieter von Unternehmensfinanzierungen über leistungsfähige Banken, Sparkassen und Finanzdienstleister. Dies gilt sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaft-

lichen Bereich. Wirkungsvoll ergänzt werden diese Anbieter durch hochspezialisierte Berater für Rechts-, Steuer- und Finanzierungsfragen. Die Angebotsvielfalt sollte erhalten werden. Hier ist kein Mehr erforderlich, sondern mehr Transparenz.

- e) Beratung und Begleitung zur Unterstützung und Beschleunigung des Technologietransfers wird in der Region durch private Unternehmen wie auch durch öffentliche Institutionen angeboten. Dieses Angebot sollte besser auf die Anforderungen kleiner und mittlerer Betriebe sowie Existenzgründer ausgerichtet werden. Dazu ist notwendig, dass die Transparenz des öffentlichen Technologietransfersystems verbessert und zielgruppengerechte Zugänge (z. B. nach Branchen, technologiebasiert, funktional, problemorientiert) geschaffen werden.

3. Sicherung

- a) Damit die Möglichkeiten des Geld- und Kapitalmarktes bei Bedarf kurzfristig und ohne aufwändige Formalitäten nutzbar sind, sollte auf der Nachfrageseite, d. h. in den Unternehmen, eine proaktive Vorsorge an Transparenz, Klarheit und Vergleichbarkeit geschaffen werden. Beispielhaft sind hier Konzepte zu nennen, wie „top-fit – erfolgreiche Unternehmensführung mit effektivem Controlling“ des Landesverbandes der Unternehmerfrauen im Handwerk oder die Rating Selbst-Checks im Internet mitsamt den zahlreichen Seminaren der Kammern.
- b) Eine vorbeugend wirkende „Turn-around-Beratung“ für insolvenzgefährdete Unternehmen, die die Partner (Banken, Gläubiger und andere Akteure) zwecks Sanierungsmanagement an einen Tisch bringt, ist vielfach hilfreich. Die HWK und die IHK klären derzeit die Voraussetzungen, um den Unternehmen der Region voraussichtlich ab Spätherbst des Jahres 2007 Unterstützung anbieten zu können, die mit Mitteln des ESF und der KfW gefördert wird.

4. Nachfolge

Das Moderatorenkonzept zur Sicherung der Unternehmensnachfolge des Landes Baden-Württemberg stellt eine sehr individuelle und deshalb sehr wirksame Unterstützung in dieser kritischen Phase der Unternehmensentwicklung dar. Es wird von der Handwerkskammer angeboten und sollte mit weiterer Unterstützung des Landes fortgeführt werden.

1.2.2 Empfehlungen zur Bestandspflege und zum Fachkräftebedarf

Neugründungen bieten die Chance, eine Verengung auf traditionelle Stärken zu vermeiden. Gerade wenn sie sich in den Randbereichen der dominanten Wertschöpfungsketten Automobil, Maschinenbau und Elektrotechnik bewegen und Andockpunkte für Innovationen bieten, können sie stabilisierend auf bestehende Cluster wirken, gleichzeitig aber auch neue Bereiche erschließen.

Da Beschäftigungseffekte von Neugründungen in Relation zum Gesamtbestand nur klein sind, sollte der Blick auf die Kernbereiche der Region wieder zielgerichteter unter dem Vorzeichen einer zukunftsorientierten Bestandspflege erfolgen. Nicht nur, weil Neugründungen nur in einem wirtschaftlich starken Umfeld erfolgreich sein können, sondern weil die bestehenden Kernbranchen eine große Stabilität mit Entwicklungschancen verbinden.

Wesentlicher Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Bestandspflege ist jedoch die Verfügbarkeit von Fachkräften. Dies gilt nicht nur in der aktuellen Hochkonjunktur, sondern sollte dauerhaft im Blick von Region und Unternehmen sein und daher ein langfristiges strategisches Ziel darstellen. Die gegenwärtig günstige Auftragslage sollte daher genutzt werden, damit sie sich auch in nachhaltiger Beschäftigung niederschlägt.

1. Regionale Standortbedingungen

a) Standortfaktor „qualifizierte Arbeitskräfte“

Gegenwärtig stellen wir angesichts einer sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung eine große Nachfrage nach Fachkräften fest. Zusammen mit den Befunden der letzten Strukturberichte zum stetigen Rückgang von Tätigkeiten für Un- und Angelernte zeigen sie uns – trotz aller vorangegangenen einschlägigen Handlungsempfehlungen – mehr denn je einen deutlichen Handlungsbedarf auf. Die Qualifikation der Beschäftigten wird dadurch zur Schlüsselgröße. Aus einer Art „zweifachem Strukturwandel“, hin zu forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen auf der einen Seite und zu hochwertigen Dienstleistungstätigkeiten auf der anderen Seite, resultieren stark steigende Qualifikationsanforderungen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei dem dualen Ausbildungssystem zu. Es bietet den Unternehmen die besten Chancen, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Um allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, zu helfen, müssen die Kräfte gebündelt werden. Die Kammern werben bei den Unternehmen für eine hohe betriebliche Ausbildungsleistung. Die Arbeitsagenturen machen jedem Bewerber und jeder Bewerberin ein Angebot für einen Ausbildungsplatz oder eine Alternative dazu. Die Kommunen sollten zusätzliche Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in ihrem Zuständigkeitsbereich unternehmen. Die Schulen sollten dazu beitragen, dass den Jugendlichen die für eine erfolgreiche Berufsausbildung erforderlichen Qualifikationen in der schulischen Ausbildung vermittelt werden.

b) Beschäftigung ausländischer Hochschulabsolventinnen und -absolventen

Ausländische Studierende an hiesigen Hochschulen erhöhen das Fachkräftepotenzial für Unternehmen in der Region Stuttgart. Bisher durften sie nach dem Studium nur dann hier arbeiten, wenn sie eine Arbeitsmarktvorrangprüfung durchlaufen hatten. Einen potenziellen Arbeitgeber, der sie dringend braucht und gerne gleich nach dem Abschluss einstellen möchte, kostet das Zeit, die er nicht hat, und zudem ist der Ausgang ungewiss.

Die Bundesregierung hat diese Regelung gerade geändert. Jetzt kann auf diese Prüfung verzichtet werden und die Akademikerinnen und Akademiker können für drei Jahre in Deutschland arbeiten. Außerdem kann auch bei der Einstellung mittel- und osteuropäischer Ingenieure (Fachrichtung Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Schiffbau und Elektrotechnik) auf die Arbeitsmarktprüfung verzichtet werden. Die Ausländerämter und Arbeitsagenturen in der Region sollten die Umsetzung der politischen Entscheidungen durch unbürokratisches Handeln erleichtern.

c) Unterstützung durch Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen

Unternehmen brauchen eine feste Ansprechperson bei der Arbeitsagentur. Personen, die ihre Branche kennen, die sich in ihre Situation versetzen können und mit dem Anforderungsprofil, das sie bekommen auch überregional diejenigen finden, die für die Stelle geeignet erscheinen. Wenn die passende Person nicht auf Anhieb zu finden ist, dann sollten sie einen Vorschlag dahingehend unterbreiten, wie jemand, der teilweise geeignet ist, schnell und eventuell on the job qualifiziert werden kann.

d) Unbürokratische Kinderbetreuung

Wir leisten es uns immer noch, qualifizierte Frauen mit Hochschulabschlüssen und mit guten Ausbildungen im Arbeitsmarkt außen vor zu lassen. Zu oft müssen sie sich noch zwischen Beruf und Familie entscheiden. Statt alles zu tun, um wenigstens die organisatorischen Probleme zu verringern, ist es in Baden-Württemberg nicht möglich, dass Eltern nach ihren Bedürfnissen entscheiden können, an welchem Ort ihre Kinder in die Krippe oder den Kindergarten gehen sollen. Und die Unternehmen, die gerne mit einer Kindertagesstätte in der Nähe kooperieren möchten, um ihren Beschäftigten nach der immer kürzeren Elternzeit die Möglichkeit zu geben, die Kleinen in der Nähe des Arbeitsplatzes zu haben, finden in den Kommunen zu selten hilfreiche Partner. Wir plädieren deshalb für eine Gutscheinelösung. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn die Kommunen in der Region Stuttgart sich jetzt schon darauf verständigen könnten, bei der Finanzierung der Betreuungsplätze unbürokratisch zusammen zu arbeiten.

2. Betriebspolitische Konzepte

a) Systematische Personalplanung und Qualifikationsprofiling

Die Sicherung und Entwicklung von Kompetenz wird nicht nur angesichts der gegenwärtig starken Nachfrage nach Fachkräften virulent, auch die „natürliche“ Fluktuation macht eine systematische betriebliche Bestandsaufnahme, Personalplanung und -entwicklung notwendig. Das sollte für alle Unternehmen selbstverständlich sein.

Ansatzpunkt zur Deckung des kurz- und mittelfristigen Qualifikationsbedarfs kann schon eine einfache Qualifikationsmatrix sein, die das Qualifikationsprofil der Beschäftigten und die Anforderungen des Arbeitsplatzes abbildet. Ergänzt durch ein Personalentwicklungskonzept erhöht der einzelne Betrieb damit seine Flexibilität gegenüber dem Arbeitsmarkt. Verknüpft mit einer Analyse der Altersstruktur lässt eine solche Personalplanung Freiraum sowohl für die innerbetriebliche Personalgewinnung und Weiterbildung als auch für die Suche auf dem externen Arbeitsmarkt. Um die unbekanntenen Kompetenzen der Beschäftigten zu erkennen und zu nutzen, hat sich im Bereich der Un- und Angelernten das Konzept der begleitenden Mentorinnen und Mentoren bewährt und sollte deshalb breite Anwendung finden.

Aber nicht nur die Unternehmen sollten das Qualifikationsprofil ihrer Beschäftigten kennen sondern auch die Beschäftigten selbst. Die Erstellung eines Qualifikationsprofils zusammen mit einem jährlichen Qualifizierungsgespräch stellt die Basis für eine zielgerichtete Planung ihrer (betrieblichen) Weiterbildung dar.

b) Wettbewerbsvorteil „Familienfreundliches Unternehmen“

Angesichts der akuten – durch die Großbetriebe in der Region jedoch latent immer vorhandene – Konkurrenz um qualifizierte Fachkräfte sollten sich Unternehmen im Wettbewerb um Arbeitskräfte einen deutlichen Vorteil als „familienfreundliches Unternehmen“ verschaffen. Besonders kleinere und mittlere Unternehmen, aber – wie die Befragung zu den Problemen der neugegründeten Unternehmen gezeigt hat – auch Handwerksbetriebe und Neugründungen könnten gerade für Nachwuchskräfte in der Familienphase an Attraktivität gewinnen, wenn sie sich als „Problemlöser“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf profilieren.¹

Ansatzpunkte für eine familienfreundliche Personalpolitik könnten etwa flexible Arbeitszeitregelungen sein. Sind die Arbeitszeiten mit den Öffnungszeiten der Betreuungsangebote kompatibel oder braucht es eine (erweiterte) Gleitzeit? Oder lassen sich mit Unterstützung des Arbeitgebers die Betreuungszeiten verändern? Aber auch die Frage nach vorübergehender Teilzeit oder Telearbeit spielt für Eltern

¹ Vgl. hierzu den von IAW und IMU für die Landesstiftung Baden-Württemberg ausgearbeiteten Leitfaden „Beruf UND Familie – wie gestalten wir das UND?“ oder das IHK-Checkheft „Familienfreundliche Personalpolitik“. Darin werden betriebliche und kommunale Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und mit umfangreichen Handlungshilfen illustriert.

bei der Arbeitsplatzsuche eine nicht unbedeutende Rolle. Es gibt Leitfäden und Checklisten von IHK oder Landesstiftung, die helfen, die im Einzelfall passenden Verfahren herauszufinden und sie gezielt und systematisch zu verankern. Gleichzeitig kann dann bei Stellenausschreibungen oder Bewerbungsgesprächen die Familienfreundlichkeit des Unternehmens ins richtige Licht gesetzt werden. Eine für Familien attraktive regionale Infrastruktur (siehe oben) könnte dazu die Attraktivität auch kleinerer Unternehmen deutlich unterstützen.